

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage des Abgeordneten Dennis Jahn (AfD)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung
namens der Landesregierung

Vereinbarkeit des EU-Emissionshandels und der niedersächsischen Chemieindustrie

Anfrage des Abgeordneten Dennis Jahn (AfD), eingegangen am 14.08.2023 - Drs. 19/2106
an die Staatskanzlei übersandt am 15.08.2023

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung
namens der Landesregierung vom 15.09.2023

Vorbemerkung des Abgeordneten

Der Industriestandort Europa verliert in den letzten Jahren an Bedeutung. Die Wettbewerbsfähigkeit des Kontinents nimmt Beobachtern zufolge weiter ab, und die direkte Konkurrenz aus Amerika und China, die mit attraktiven Subventionen locken, spitzt sich zu.

Ein Faktor dieses Rückganges ist der europäische Emissionshandel. Die steigenden Preise der Emissionszertifikate belasten unsere Unternehmen. Darunter leidet besonders der Chemiesektor. Für das Jahr 2022 haben sich die Investitionen deutschlandweit in diesem Bereich um 24 % im Vergleich zum Vorjahr reduziert¹, während der Verband der Chemischen Industrie vor weiteren Abwanderungen warnt.² Die chemische Industrie ist mit einem Umsatz von etwa 10 Milliarden Euro und einer Exportquote von 63 % der viertgrößte Industriezweig Niedersachsens und gilt somit als Fundament unseres Wohlstandes.

Vorbemerkung der Landesregierung

Die chemische Industrie gehört zu den energie- und emissionsintensiven Industrien in Deutschland. Viele Produktionsprozesse benötigen große Mengen an Wärme, an Kohlenwasserstoffen als Rohstoffe und an Strom. Etwa 10 % des Stroms in Deutschland werden in der chemisch-pharmazeutischen Industrie verbraucht. Ein Fünftel des Energieverbrauchs der Industrie insgesamt entfällt auf die Branche. Erdgas als fossiler Rohstoff ist aktuell noch mit Abstand der wichtigste Energieträger für die Branche.

Die Produktion von Basischemikalien ist für 75 % der CO₂-Emissionen in der chemischen Industrie verantwortlich. Im Vergleich zu 1990 hat die Industrie ihre Emissionen deutlich reduziert. 2019 wurden rund 40 Millionen Tonnen Kohlendioxide von der Branche emittiert - 54 % weniger als 1990. Grund dafür sind die Teilnahme am europäischen Emissionshandel sowie die kontinuierlichen Bemühungen der Branche, die Prozesse immer energieeffizienter auszugestalten.

Das europäische Emissionshandelssystem (EU-ETS) stellt unter Beteiligung der 27 EU-Mitgliedsstaaten sowie von Norwegen, Island und Liechtenstein ein wesentliches Steuerungsinstrument zur Erreichung der europäischen, deutschen und niedersächsischen Klimaschutzziele bis hin zur Klimaneutralität dar, indem es marktwirtschaftliche Anreize für eine konsequente Reduktion der Emission von Treibhausgasen bei Wirtschaftsprozessen setzt. Ausgehend von den Verpflichtungen der

¹ <https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/deindustrialisierung-wirtschaft-abwanderung-der-deutschen-industrie-das-ist-ein-neuer-schlag-in-die-magengrube-li.368676>

² <https://www.deutschlandfunk.de/chemiebranche-sieht-deindustrialisierung-in-deutschland-100.html>

internationalen Klimaschutzabkommen von Kyoto und Paris haben sich die EU-Staaten daher in diesem Jahr auf eine grundlegende Reform und Weiterentwicklung des EU-ETS geeinigt. Neben höheren Reduktionszielen für Treibhausgase von 62 % im EU-ETS bis zum Jahr 2030 - im Vergleich zum Jahr 2005, durch Verringerung der ausgegebenen Emissionsberechtigungen (EUA) in mehreren Etappen und durch Auslaufen kostenloser EUA für Unternehmen wird der EU-ETS auch auf die Sektoren Gebäude und Verkehr ausgeweitet. Parallel wird ein Treibhausgas-Grenzausgleichssystem für den Stromsektor und ausgewählte energieintensive Produkte erprobt, um die Verlagerung von Treibhausgas-Emissionen in das Ausland zu verhindern, und ein Klimasozialfonds zur Förderung von Klimaschutzmaßnahmen geschaffen.

Nach einer Mitgliederumfrage des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI) im Juni 2023 ist der größte Störfaktor für die Geschäftstätigkeit der Unternehmen die aufwändige Bürokratie, die langen Genehmigungsverfahren und die Regulierungsflut. Hohe Energiepreise und Vorproduktpreise werden zwar weniger gravierend wahrgenommen als Ende letzten Jahres, bleiben aber für weit über die Hälfte der Unternehmen ein schwerwiegendes Problem.

Chemieunternehmen mit besonders stromintensiven Produktionsprozessen können als Unternehmen einer Branche, die im internationalen Wettbewerb steht, auf der Basis von europaweiten Benchmarks eine Strompreiskompensation (SPK) nach § 10 a Abs. 6 der EU-Emissionshandelsrichtlinie und der am 02.09.2022 in Kraft getretenen deutschen SPK-Förderrichtlinie erhalten. Diese Kompensation der im Strompreis weitergegebenen CO₂-Kosten der Stromversorger ist als Beihilfe für indirekte CO₂-Kosten ein wesentlicher Baustein zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und zum Schutz vor Carbon Leakage.

1. Wie hoch waren die Investitionen in der niedersächsischen Chemieindustrie in den Jahren 2021 und 2022?

Nach Information des Landesamtes für Statistik Niedersachsen tätigte die niedersächsische chemische Industrie im Jahr 2021 Investitionen in Höhe von rund 313 Millionen Euro (+11,6 % gegenüber 2020).

Die Daten für das Jahr 2022 liegen noch nicht vor.

2. Wie hat sich der Preis der CO₂-Zertifikate in den Jahren seit 2015 bis 2022 europaweit entwickelt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Durchschnittliche jährliche Auktionspreise für Emissionsberechtigungen EUA in Euro an der Europäischen Energiebörse EEX (European Energy Exchange):

Jahr	Deutschland ¹⁾	Gemeinsame Auktionsplattform ²⁾
2015	7,60	7,62
2016	5,26	5,26
2017	5,80	5,78
2018	14,90	15,44
2019	24,66	24,64
2020	24,59	24,50
2021	52,47	53,02
2022	80,40	79,61

¹⁾ Deutsche Versteigerungen von Emissionsberechtigungen - Periodischer Bericht: Jahresbericht 2022, DEHSt, Februar 2023, ISSN: 2366-6560

²⁾ https://climate.ec.europa.eu/system/files/2023-03/cap_report_202212_en.pdf

3. Wie wirkten sich die Preiserhöhungen der Emissionszertifikate auf die globale Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Chemieindustrie aus?

Für die niedersächsische Chemieindustrie bedeuten die hohen Strom- und Gaspreise einen erheblichen Wettbewerbsnachteil. Deshalb fordern die Chemieunternehmen auch einen wettbewerbsfähigen Industriestrompreis. Dieser setzt sich jedoch aus verschiedenen Bestandteilen, wie Netzentgelten und Stromsteuer sowie indirekt über beim Erzeuger anfallende Kosten für CO₂-Zertifikate, zusammen. Entscheidend ist das Zusammenwirken der einzelnen Bestandteile. Ausschlaggebend ist letztendlich der zu zahlende Endpreis unter Berücksichtigung etwaiger Kompensationen. Siehe hierzu die Vorbemerkung und die Antwort zu Frage 5.

4. Welche Auswirkungen könnten weitere Preiserhöhungen dieser Zertifikate auf die niedersächsische Industrie haben, insbesondere für die Chemiebranche?

Siehe Antwort zu Frage 3.

5. Welche Mittel hat die Landesregierung, um diesem Trend entgegenzuwirken und die industrielle Abwanderung wichtiger Unternehmen zu stoppen?

Zur besseren Unterstützung der Transformation der Chemieindustrie setzt sich die Landesregierung für einen Transformationsstrompreis und die dauerhafte Senkung der Energiepreise durch einen forcierten Ausbau erneuerbarer Energien ein.

6. Ist das Ziel der EU-Kommission, eine klimaneutrale Chemieindustrie in Europa bis zum Jahr 2050 umzusetzen, eine realistische Zielsetzung, ohne eine progressive Deindustrialisierung herbeizuführen?

Insgesamt ist die Transformation der Chemieindustrie eine große Herausforderung für alle Akteure und muss sich auf vielen Ebenen vollziehen. Sie bedarf einer finanziell und personell leistungsfähigen Industrie sowie langfristiger Planungs- und Investitionssicherheit.

Wesentlich ist daher, ausreichend erneuerbare Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen zu produzieren und Erdgas durch (klimaneutralen) Wasserstoff, ebenfalls zu wettbewerbsfähigen Preisen, zu ersetzen.